Anlage 3

Hinweise zur Prüfung anderweitiger Rechtspflichten

Insbesondere folgende Rechtsvorschriften sind im jeweiligen Einzelfall von den zuständigen Naturschutzbehörden federführend unter Einbeziehung der zuständigen Landwirtschafts- und Forstbehörde zu prüfen:

1. Verstoß gegen das Verschlechterungsverbot innerhalb von FFH-Gebieten (§ 33 Abs. 1 BNatSchG)

Zum einen hat die zuständige untere Naturschutzbehörde zu prüfen, ob sie eine naturschutzrechtliche Wiederherstellungsanordnung nach § 33 Abs. 1 BNatSchG i.V.m. § 3 Abs. 2 BNatSchG gegen den Bewirtschafter oder den Eigentümer erlassen kann. Nach § 33 Abs. 1 Satz 1 BNatSchG sind alle Veränderungen und Störungen, die zu einer erheblichen Beeinträchtigung eines Natura 2000-Gebiets in seinen für die Erhaltungsziele oder den Schutzzweck maßgeblichen Bestandteilen führen können, unzulässig. Veränderungen sind dabei nur gezielte, planmäßige Handlungen, nicht dagegen naturbedingte Änderungen oder ein Unterlassen. Wenn der Bewirtschafter der Fläche folglich eine Verschlechterung der auf dieser Fläche befindlichen FFH-LRT oder Lebensräume von Arten des Anhangs II der FFH-RL seit der Aufnahme der betreffenden FFH-Gebiete in die Gemeinschaftsliste der EU-Kommission verursacht, d.h. aktiv herbeigeführt hat, oder der Eigentümer für diese aktiv verursachte Verschlechterung im Rahmen der Zustandsstörerhaftung haftet, kann die zuständige untere Naturschutzbehörde eine naturschutzrechtliche Wiederherstellungsanordnung nach § 33 Abs. 1 BNatSchG i.V.m. § 3 Abs. 2 BNatSchG gegen den Bewirtschafter oder den Eigentümer verfügen.

2. Verstoß gegen das Umweltschadensrecht (USchadG i.V.m. § 19 BNatSchG)

Zum anderen hat die zuständige untere Naturschutzbehörde zu prüfen, ob sie eine umweltschadensrechtliche Gefahrenabwehr- oder Sanierungsanordnung nach § 5 bzw. § 6 USchadG i.V.m. § 19 BNatSchG gegen den unmittelbaren Schadensverursacher (den Bewirtschafter) erlassen kann, soweit dieser seit dem 30.04.2007 (§ 13 Abs. 1 USchadG) eine Schädigung von Arten nach § 19 Abs. 2 BNatSchG oder von natürlichen Lebensräumen nach § 19 Abs. 3 BNatSchG aktiv verursacht und schuldhaft (vorsätzlich oder fahrlässig) gehandelt hat.

3. Verstoß gegen Naturschutzgebietsverordnungen oder Pflegeanordnungen in Naturschutzgebieten

Darüber hinaus hat die zuständige höhere Naturschutzbehörde, soweit die Fläche in einem Naturschutzgebiet liegt, zu prüfen, ob ein Verstoß gegen die zugrunde liegende Naturschutzgebietsverordnung festzustellen ist und der Bewirtschafter oder Eigentümer zu einer Wiederherstellung des ursprünglichen Zustands herangezogen werden kann.

Auch hat die zuständige höhere Naturschutzbehörde zu prüfen, ob ein Verstoß gegen Einzelanordnungen zu Schutz- und Pflegemaßnahmen in einem Naturschutzgebiet festzustellen ist.

4. Verstoß gegen die naturschutzrechtliche Eingriffsregelung (§§ 13 ff. BNatSchG)

Ferner hat die untere Naturschutzbehörde zu prüfen, ob sie nach § 17 Abs. 8 Satz 2 BNatSchG gegen den Bewirtschafter vorgehen kann. Soweit das Zulassen einer Waldsukzession auf einer ehemals landwirtschaftlichen Fläche einen Eingriff in Natur und Landschaft darstellt (§ 13 BNatSchG), der nicht naturschutzrechtlich genehmigt ist, kann die zuständige untere Naturschutzbehörde die Wiederherstellung des früheren Zustands anordnen. Eingriffe in Natur und Landschaft sind dabei Veränderungen der Gestalt oder der Nutzung von Grundflächen oder Veränderungen des mit der belebten Bodenschicht in Verbindung stehenden Grundwasserspiegels, die die Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushaltes oder das Landschaftsbild erheblich beeinträchtigen können (§ 14 Abs. 1 BNatSchG). Dabei ist zu berücksichtigen, dass jedes Verwenden einer Fläche für einen bestimmten Zweck eine Nutzung ist (Fischer-Hüftle/Czybulka, BNatSchG Kommentar, 2. Aufl., § 14 Rn. 10 m.w.N.). Eine Veränderung der Nutzung liegt vor, wenn bisher vom Menschen genutzte Flächen in eine andere Nutzung überführt werden, z.B. bei einem Wechsel der landwirtschaftlichen Nutzung von Flächen zu einer forstwirtschaftlichen Nutzung der Flächen (Fischer-Hüftle/Czybulka, a.a.O., § 14 Rn. 10 und 11). Davon zu unterscheiden ist ein Unterlassen in Form reiner Untätigkeit (z.B. Aufgabe der Nutzung). In diesem Falle kann, da keine naturschutzrechtliche Verpflichtung zum Bewirtschaften eines Grundstücks besteht, keine Verursacherpflicht nach der Eingriffsregelung abgeleitet werden (Fischer-Hüftle/Czybulka, a.a.O., § 14 Rn. 16).

5. Verstoß gegen den gesetzlichen Biotopschutz (§ 30 BNatSchG)

Schließlich hat die untere Naturschutzbehörde zu prüfen, ob sie die Wiederherstellung von gesetzlich geschützten Biotopen nach § 30 Abs. 2 BNatSchG und § 33 Abs. 1 NatSchG

i.V.m. § 3 Abs. 2 BNatSchG gegen den Bewirtschafter oder den Eigentümer anordnen kann. Soweit durch eine Handlung des Bewirtschafters gesetzlich geschützte Biotope aktiv beseitigt wurden, die nicht nach § 30 Abs. 3 BNatSchG von der Naturschutzbehörde zugelassen wurden, kann die zuständige untere Naturschutzbehörde die Wiederherstellung des früheren Zustands anordnen. Soweit ein Unterlassen vorliegt, kann keine Anordnung verfügt werden.

6. Verstoß gegen die landwirtschaftliche Bewirtschaftungs- und Pflegepflicht (§ 26 LLG)

Nach § 26 LLG besteht eine Pflegepflicht für landwirtschaftlich nutzbare Flächen. Demnach sind die Besitzer von landwirtschaftlich nutzbaren Grundstücken zur Verhinderung von Beeinträchtigungen der Landeskultur und der Landespflege verpflichtet, ihre Grundstücke zu bewirtschaften oder dadurch zu pflegen, dass sie für eine ordnungsgemäße Beweidung sorgen oder mindestens einmal im Jahr mähen.

Im Rahmen der auf der Grundlage von § 26 LLG zu treffenden Ermessensentscheidung, ob dem Besitzer eine positive Handlungspflicht auferlegt werden kann, ist auch zu prüfen, ob der Adressat der Anordnung einen Anspruch auf Aussetzung der Pflegepflicht nach § 27 Abs. 1 LLG hat. Hierzu ist ein Kosten-Nutzen-Vergleich anzustellen und zu ermitteln, ob die Pflegeverpflichtung aus den laufenden Erträgen des zu pflegenden Grundstücks bestritten werden kann (vgl. VGH Mannheim, Ur. vom 06.11.2003, 10 S 2619/00).

Die Überwachung der Bewirtschaftungs- und Pflegepflicht (§ 26 LLG) und die Entscheidung über die Aussetzung dieser Pflicht nach § 27 Abs. 1 LLG obliegt nach § 29a Abs. 4 LLG der Gemeinde, die im Benehmen mit der unteren Landwirtschaftsbehörde entscheidet.